

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Thilo Kleibauer (CDU) vom 20.11.23

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Intransparenter Umgang der Wissenschaftssenatorin mit den zentralen Investitionsmitteln für die Hochschulen**

**Einleitung für die Fragen:**

*Im Aufgabenbereich 246 der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke sind durch Übertragungen aus Vorjahren und die Ansätze im laufenden Haushaltsjahr in 2023 rund 31 Millionen Euro in der Sammelposition „Sonstige Investitionen“ verfügbar. In einer Protokollerklärung im Zusammenhang mit den Beratungen der Drs. 22/12775 hatte die Behörde bereits nähere Angaben zur Mittelverwendung gemacht. Demnach sind davon rund 13,7 Millionen Euro für das Projekt Schlüterstraße (ehemaliges Fernmeldeamt) vorgesehen, das bereits 2019 mit der Drs. 21/18150 beschlossen wurde.*

*Ich frage den Senat:*

**Frage 1:** *Warum werden die Mittel für das Projekt Schlüterstraße in den Sonstigen Investitionen und nicht als Einzelinvestition veranschlagt? Entspricht dies den haushaltsrechtlichen Vorgaben?*

*Wenn ja, warum?*

*Wenn nein, wieso wird davon abgewichen?*

**Antwort zu Frage 1:**

In der von der Bürgerschaft beschlossenen Drs. 21/18150 zur Anmietung des ehemaligen Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße sind Kosten für die Anmietung des Gebäudes vorgesehen. Damit das Gebäude für Zwecke der Wissenschaft von der Universität Hamburg (UHH), dem German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und dem Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) genutzt werden kann, sind in das Gebäude Einbauten und Einrichtungen einzubringen. Soweit es sich um Einrichtungsgegenstände und Einbauten handelt, die aus der Mietsache herausgenommen und wiederverwendet werden könnten, sind sie bei der FHH aktivierbar und wurden investiv veranschlagt. Warum sie den Sonstigen Investitionen zugeordnet wurden, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen.

**Frage 2:** *In welcher Höhe wurden bislang in den einzelnen Jahren seit 2019 Investitionsmittel für das Projekt Schlüterstraße im Haushalt veranschlagt? In welcher Höhe wurden davon bereits Mittel verwendet?*

**Antwort zu Frage 2:**

Siehe Drs. 21/18150. Bislang wurden noch keine investiven Ermächtigungen ausgezahlt.

**Frage 3:** *Wann genau werden die investiven Mittel aus dem Haushalt für das Projekt Schlüterstraße benötigt?*

**Antwort zu Frage 3:**

Die investiven Mittel werden voraussichtlich in den Jahren 2024 und 2025 in voller Höhe abfließen.

**Frage 4:** *In welcher Höhe werden insgesamt investive Mittel aus dem Haushalt für das Projekt Schlüterstraße benötigt? Inwiefern sind über die 13,7 Millionen Euro hinaus weitere investive Haushaltsmittel erforderlich?*

**Antwort zu Frage 4:**

Siehe Drs. 21/18150.

**Frage 5:** *Erwägt oder plant die zuständige Behörde, die derzeit in den Sonstigen Investitionen des Aufgabenbereichs 246 für das Projekt Schlüterstraße reservierten Mittel in den Haushaltsjahren 2023/2024 für andere investive Maßnahmen einzusetzen?*

*Wenn ja, warum und für welche Maßnahmen?*

**Antwort zu Frage 5:**

Nein.

**Frage 6:** *Warum wurde die Rückzahlung des UKE-Darlehens über knapp 35 Millionen Euro laut Drs. 22/13375 als Einzahlung bei den Sonstigen Investitionen im Aufgabenbereich 246 gebucht?*

**Frage 7:** *Ist es sachgerecht und zulässig, die Rückzahlung von aus dem Haushalt ausgezahlten Darlehen als Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen zu verbuchen?*

*Wenn ja, warum?*

*Wenn nein, warum wurde so verfahren?*

**Frage 8:** *Welche zusätzlichen Spielräume im laufenden Haushaltsjahr ergeben sich durch die Rückzahlung des UKE-Darlehens im Einzelplan 3.2? Für welche Zwecke darf die nicht geplante Einzahlung genutzt werden?*

**Antwort zu Fragen 6, 7 und 8:**

Die Auszahlung des Darlehens erfolgte im Haushaltsjahr 2018 im Einzelplan 3.2 aus dem Aufgabenbereich 246. Daher wurde die Rückzahlung des Darlehens ebenfalls in diesem Aufgabenbereich verbucht.

Die Rückzahlung ist als Einzahlung aus Investitionen gebucht worden, Ein- und Auszahlungen aus langfristigen Darlehen sind jedoch haushaltsrechtlich gesondert von den Investitionen zu zeigen. Dies wird zum Jahresabschluss 2023 korrigiert.

Da im Haushaltsplan keine Einzahlungen aus Darlehen an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) geplant worden sind, stellt die Rückzahlung eine Mehreinzahlung aus Darlehen im Sinne von § 37 Absatz 2 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung dar, die für Mehrauszahlungen aus Darlehen an das UKE verwendet werden darf. Das UKE hat zur Sicherung der Liquidität im laufenden Geschäftsbetrieb darum gebeten, das Darlehen noch im Haushaltsjahr 2023 wiederum zweckentsprechend in Anspruch nehmen zu können. Die Auszahlung des Darlehens wird derzeit vorbereitet.